

- In der Rolle als konkrete UtopistInnen einer sozialen Bewegung, die auf die realisierbare Teilhabe und Integration von randständigen Menschen hinweist.
- In der Rolle als handelnde RealistInnen in der konkreten Arbeit mit Institutionen, als VermittlerInnen und ÜbersetzerInnen, als TeilnehmerInnen am öffentlichen, politischen Diskurs, die auch die Leistungen des Staates und das Engagement seiner Bevölkerung würdigen.
- In der Rolle als SozionautInnen – als Fragende, Suchende, Zweifelnde, im eigenen Raum, in der eigenen Zeit. Der deutende Irrtum wird uns dabei begleiten wie der Traum von einer Welt, die ihre Utopien nicht in den Bereich des Unrealistischen und Phantastischen abschiebt.

Unser Einsatz gilt einer zivilgesellschaftlichen Vorstellung, welche die Erschliessung von Menschenrechten, Bürgerrechten und Sozialrechten als Ziel und Quelle des Zusammenlebens versteht. Anerkennung, Selbstbestimmung, Respekt und Toleranz in der Begegnung stehen für unsere Vorstellung eines Gemeinwesens, in dem jedem Menschen durch seine Teilhabe daran das eigene Universum eines Lebensentwurfs, das Recht auf eine persönliche Biografie und die dafür nötigen Ressourcen garantiert werden.

Unsere Fähigkeit zum kritischen Denken und Handeln ist ein zentrales Instrument des eigenen Empowerments, das wir mit AvenirSocial auch unserer Profession zur Verfügung stellen wollen. Wir als Akteurinnen und Akteure wollen unsere Kraft und Kreativität bündeln, unsere Fähigkeiten und Leistungen in der öffentlichen Debatte deutlich machen.

Ein Wort des Dankes

Ich danke Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich für Ihren Einsatz und Ihr Engagement als Professionelle der Sozialen Arbeit. Ihre Leistungen im Dienste der Öffentlichkeit, in den sozialen Netzwerken des Alltags, in Institutionen, in der Gemeinde und in der Nachbarschaft begründen Vertrauen und Anerkennung, Integration und Teilhabe unserer KlientInnen. Sie vermitteln ihnen eine konkrete Perspektive und Hoffnung.

Den Vorständen der Sektionen, den ehemaligen Vorständen der alten Verbände

(Fertes, SBVS, SBS/ASPAS), den engagierten VertreterInnen in den Kommissionen und Arbeitsgruppen, unseren MandatsträgerInnen auf nationaler und internationaler Ebene, dem neuen nationalen Vorstand und den Geschäftsstellen gilt mein Dank für ihr Engagement, ihre Loyalität und ihre Bereitschaft, im neuen Verband gestaltend und tatkräftig am neuen Netzwerk mitzuarbeiten.

Mein besonderer Dank geht an die KollegInnen der Verhandlungsgruppe Twen, die die Fusion erst ermöglichte, und namentlich an Isabelle Bohrer, die durch ihre umsichtige, ausgleichende und tatkräftige Arbeit auf der Geschäftsstelle in Bern dem Projekt die notwendigen sprachlichen, inhaltlichen und menschlichen Fundamente verliehen hat.

Im neuen Jahr wünsche ich Ihnen als VertreterInnen der Profession, als engagierte Mitglieder von AvenirSocial die Kraft, den Mut und das Glück, Ihr persönliches Universum, Ihre eigene Wahrheit als Teil der gemeinsamen und geteilten Welt zu erleben.

Bonjour AvenirSocial. Willkommen in der Milchstrasse.

Markus Jasinski
Präsident AvenirSocial

AutorInnenverzeichnis

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Reto Klink
r.klink@avenirsocial.ch

Sibylle Gurzeler
sgurzeler@gmx.ch

Kathrin Landergott,
kathrin.landergott@gmx.ch

Thomas Häussler
thomas.haeussler@ikmb.unibe.ch

Heiner Käppeli
Heiner.Kaeppli@maz.ch

Beratungspflichten der Sozialversicherer

Das Gesetz verpflichtet Sozialversicherer zu einer **allgemeinen Aufklärungs- und Beratungspflicht**. Diese geht weiter, als die Rechtsprechung vor Inkrafttreten des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts festgelegt hatte. Fehlende oder ungenügende Beratung verletzt den Grundsatz von Treu und Glauben.

Von Kurt Pärli

Mit der Einführung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ATSG im Jahre 2003 wurde eine Beratungspflicht für die Durchführungsorgane der Sozialversicherungen verankert. Dieser Pflicht steht ein individuelles Recht auf Aufklärung und Beratung interessierter bzw. versicherter Personen. Aus der verletzten Aufklärungs- und Beratungspflicht darf für die Versicherten kein Schaden entstehen. Nach Art. 27 Abs. 1 ATSG haben interessierte Personen einen Anspruch darauf, unentgeltlich über Rechte und Pflichten aufgeklärt zu werden. Art. 27 Abs. 2 ATSG verleiht einen Anspruch auf Beratung über die Rechte und Pflichten in einem konkreten Verfahren. Die Auskunftspflicht des Sozialversicherers wird in Art. 27 Abs. 3 ATSG mit einer Verpflichtung ergänzt, wonach die versicherte Person und ihre Angehörigen über bestehende Ansprüche auf Leistungen anderer Sozialversicherer zu informieren sind.

Die Aufklärungs-, Informations- und Beratungspflichten nach Art. 27 ATSG verpflichten «nur» die Sozialversicherer. Soweit diese Aufgaben an Private delegieren, gehen auch die entsprechenden Pflichten auf diese über. Bei den Anspruchsberechtigten gilt es zu unterscheiden. Einen rechtlichen Anspruch auf Auskunft (Art. 27 Abs. 1 ATSG) haben interessierte Personen. Der Anspruch auf Beratung (Art. 27 Abs. 2 ATSG) steht jeder Person im Rahmen eines konkreten Verfahrens offen. Mitarbeitende von Sozialdiensten werden regelmässig mit Sozialversicherungsfragen ihrer Klientenschaft konfrontiert. Beratungsanspruch haben jedoch nur die versicherten Personen selbst.

Zum Inhalt der Beratungspflicht nach Art. 27 Abs. 2 ATSG hat das Bundesgericht jüngst einen wegweisenden Entscheid gefällt.

Umfang der Beratungspflicht durch ATSG erweitert

Dem Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts (EVG) vom 14. September 2005 (C.192/04, www.bger.ch) lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Ein Versicherter gab im Rahmen des Erstgesprächs vom 18. Dezember 2003 bei der Regionalen Arbeitsvermittlung RAV an, er beabsichtige im Februar 2004 einen fünfmonatigen Sprachaufenthalt anzutreten. Ende Januar 2004 wurde dem Versicherten mitgeteilt, er sei ab Antragstellung (d.h. ab 21. November 2003) nicht vermittlungsfähig gewesen. Die nur gerade zweieinhalb Monate betragende Zeit zwischen der Antragstellung und dem Beginn des Sprachaufenthaltes sei zu kurz, um die Vermittlungsfähigkeit zu bejahen. Eine versicherte Person müsse grundsätzlich in der Lage sein, eine Dauerstelle anzunehmen. An diesem Standpunkt hielt das RAV auf Einsprache des Versicherten hin fest (Entscheid vom 12. Februar 2004). Das kantonale Gericht hob den Einspracheentscheid auf, wogegen das RAV Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das EVG führte. Das Bundesgericht lehnte die Beschwerde des RAV ab.

Streitig und zu prüfen war, ob das RAV seiner Beratungspflicht im vorliegenden Fall ausreichend nachgekommen war. Für das Bundesgericht ist relevant, dass der Gesetzgeber mit Art. 27 ATSG eine Verbesserung der Aufklärung und Beratung der versicherten Personen erreichen wollte. Die bisherige Rechtsprechung (vgl. z.B. den Bundesgerichtsentscheid BGE 124 V 220, Erw. 2b), wonach die Sozialversicherer nicht von sich aus auf drohende Rechtsnachteile aufmerksam machen müsse, könne nicht mehr aufrechterhalten werden (Erw. 4.2 des EVG-Entschides vom 14. 9. 2005). Auch die Lehre geht einhellig von einer wesentlich weiter gehenden Beratungspflicht aus, als die vorherigen Bestim-

mungen in den einzelnen Sozialversicherungsgesetzen vorsahen. Die Norm im ATSG diene auch dazu, den Berechtigten positiv den Weg aufzuzeigen, wie sie zu gesetzlich vorgesehenen Leistungen gelangen können.

Ohne auf die Grenzen der Beratungspflicht einzugehen, hielt das Bundesgericht in Erw. 4.3 fest: «... auf jeden Fall zum Kern der Beratungspflicht gehört, die versicherte Person darauf aufmerksam zu machen, dass ihr Verhalten (vorliegend: der Antritt eines Auslandsaufenthaltes im Februar 2004) eine der Voraussetzungen des Leistungsanspruches (vorliegend: die Anspruchsvoraussetzung der Vermittlungsfähigkeit) gefährden kann.» Das RAV hätte also gegenüber dem Versicherten im Rahmen des Erstgesprächs vom 18. Dezember 2003 auf die Auswirkungen des Auslandsaufenthaltes auf die Vermittlungsfähigkeit aufmerksam machen müssen. Vergeblich versuchte das RAV einzuwenden, ein Personalberater sei in der kurzen Zeit anlässlich des Erstgesprächs gar nicht in der Lage, die für die Vermittlungsfähigkeit massgebenden konkreten Umstände des Falles zu beurteilen.

Rechtsfolgen fehlender Beratung

Die Folgen der fehlenden Beratung sind im ATSG selbst nicht geregelt. Das Bundesgericht zog jedoch den Grundsatz von Treu und Glauben bei, um im vorliegenden Fall eine sachgerechte Lösung finden zu können. Nach dem Grundsatz von Treu und Glauben sind die Bürgerinnen und Bürger in ihrem berechtigten Vertrauen auf die Richtigkeit behördlicher Auskünfte zu schützen. Dieser Grundsatz hat zur Folge, dass unter Umständen eine bestimmte staatliche Leistung gesprochen wird, obwohl die materielle Rechtslage anders lautet. Nach der Rechtsprechung (vgl. etwa BGE 127 I 36 Erw. 3a) sind dafür allerdings die folgenden fünf Voraussetzungen massgebend:

1. Die Behörde muss in einer konkreten Situation und mit Bezug auf eine bestimmte Person gehandelt haben,

- Die fragliche Behörde muss für die Erteilung der betreffenden Auskunft zuständig gewesen sein bzw. die rechtsuchende Person durfte die Behörde aus zureichenden Gründen als zuständig erachten.
- Die Person konnte die Unrichtigkeit der Auskunft nicht ohne weiteres erkennen.
- die Person hat im Vertrauen auf die Richtigkeit der Auskunft Dispositionen getroffen, die nicht ohne Nachteile wieder rückgängig gemacht werden können.
- die gesetzliche Ordnung hat seit der Änderung keine Änderung erfahren.

Das Bundesgericht erachtete diese Grundsätze im vorliegenden Fall als anwendbar, wobei die dritte Voraussetzung in folgender Hinsicht modifiziert wurde: «wenn die Person den Inhalt der unterbliebenen Auskunft nicht kannte oder deren Inhalt so selbstverständlich war, dass sie mit einer anderen Auskunft nicht hätte rechnen müssen» (Erw. 5 des EVG-Entscheidung vom 14.9.2005). Im Ergebnis will das Bundesgericht die Fälle pflichtwidrig unterbliebener oder ungenügender Beratung nach Art. 27 ATSG gleich behandeln wie die übrigen Fälle falscher behördlicher Auskunft.

Der Entscheid des EVG bedeutet nun nicht, dass die Vermittlungsfähigkeit des Versicherten im vorliegenden Fall unmittelbar aus der fehlenden Beratung folgt. Das EVG entschied vielmehr richtigerweise (vgl. Voraussetzung 4 der Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben), dass die versicherte Person den Nachweis erbringen muss, er wäre bei richtiger Beratung in der Lage gewesen, den Sprachaufenthalt zu verschieben, und er hätte dies im Interesse seiner Vermittlungsfähigkeit auch getan.

Ausdehnung der Beratungspflichten

Mit diesem Entscheid hat das Bundesgericht den Inhalt der Beratungspflicht nach Art. 27 Abs. 2 ATSG näher umrissen und insbesondere klar gestellt, dass die Beratungspflicht weitergeht als noch vor dem Inkrafttreten des ATSG. Mit Urteil vom 11. Oktober 2005 bestätigte das EVG (EVG C122/05, www.bger.ch) die eingeschlagene Richtung. Wiederum stellte sich die Frage, ob die Arbeitslosenversicherung der Beratungspflicht ausreichend nachgekommen war. Das EVG entschied, es gehöre

zum Kern der in Art. 27 Abs. 2 ATSG statuierten Beratungspflicht, die versicherte Person darauf aufmerksam zu machen, dass der Verzicht auf den Bezug von erworbenen Ferientagen innerhalb der entsprechenden Rahmenfrist den Anspruch auf diese Ferientage gefährde. Dieser Umstand führte im konkreten Fall dazu, dass der Anspruch der versicherten Person auf so genannte Stempelferien nicht wegen Ablaufs der dazugehörenden Rahmenfrist verfallen war. Die Arbeitslosenkasse muss in der Folge die bisher verweigerten, in die neue Rahmenfrist fallenden Ferientage nachzahlen.

Mit Spannung kann der weiteren Rechtsprechung zur Konkretisierung der Aufklärungs-, Beratungs- und Informationspflichten entgegengesehen werden. Angesichts der enormen Komplexität des Sozialversicherungsrechts werden dabei früher oder später Fragen nach den Grenzen dieser Pflichten zur Sprache kommen.

Kurt Pärli ist Dr. iur., dipl. Sozialarbeiter, und Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz. E-Mail: Kurt.Paerli@fhn.ch

Kunst – ein anderer Zugang zur Sozialen Arbeit

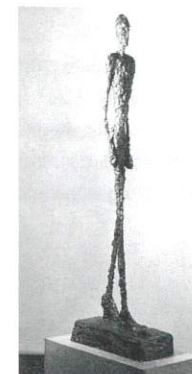
«Wissenschaft schafft Wissen.» Das ist das allgemeine, auch in der Sozialen Arbeit vorrangige Paradigma. Doch es gibt noch ein anderes: «Kunst schafft Können». Es ist weniger bekannt, wird auch von Sozialtätigen nur selten genutzt. Wie die Wissenschaft Faktenwissen generiert, so erzeugt die Auseinandersetzung mit künstlerischen Werken Handlungswissen. Das eine wie das andere braucht es! Drei Beispiele – aus der bildenden Kunst, der Fotografie und dem Film –, wie aus der Kunst für die Soziale Arbeit ein Gewinn gezogen werden kann, seien hier exemplarisch vorgestellt.

Alberto Giacometti mit seinen Figuren, die die Leere aushalten

Bewegt man sich zwischen den hohen, steilenartigen Figuren Alberto Giacomettis und schaut zu ihnen hinauf, oder geht man ganz nahe an seine bloss handgrossen Figurinen heran, so begegnet man menschlichen Seins-Formen: dem Geworfen-Sein, dem Ausgesetzt-Sein, dem Einsam-Sein. Diese Werke behaupten sich gegen die Leere, bäumen sich auf gegen das Nichts. Solche Aussagen sind keine Hirngespinnste versponnener Philosophen oder verschrobener Kunsttheoretiker; wir kennen sie aus den Beschreibungen konkreter Befindlichkeiten im Alltag des sozialarbeiterischen Tuns.

So wird die Auseinandersetzung mit Kunstwerken zum «Probieren», zur Vorbereitung auf ein Gespräch und zur Begegnung mit den Menschen unseres privaten und beruflichen Umfeldes. Ein aktives Verweilen und eine für neue Erfahrungen offene Auseinandersetzung – zum Beispiel angesichts der Werke von Giacometti – kann so zu einer Art «Exerzitien des Mit-Seins» und der Mitmenschlichkeit werden, bei welcher im Glücksfall «die Wirklichkeit aufblitzt». (Sartre).

«Hombre qui marche», Alberto Giacometti, 1947. Bronze, 170x23x53 cm. Kunsthaus Zürich, © 2005 ProLitteris, Zürich



Robert Frank mit seinen Porträts, die im Alltag Ewiges aufzeigen

Exemplarisch für unzählige andere soll hier der Schweizer Fotograf Robert Frank erwähnt werden. Wenn seine Fotos momentan nicht in einer Ausstellung zu sehen sind, dann wenigstens in seinen Bildbänden. «Ich glaube, meine Sympathien gelten immer denjenigen Menschen, die schwächer sind, die fast sicher Verlierer sind. Es mag romantisch klingen, so zu fühlen – ausser ich würde an Gerechtigkeit glauben –, und das tue ich nicht.» Dieser Satz zeigt, wie nah Frank mit seiner Arbeit dem Beruf des Sozialarbeiters, der Sozialpädagogin, des Sozialbegleiters steht.

Wie er in seinem Schaffen konkret vorgeht, kann vielleicht helfen, die eigene Soziale Arbeit besser zu leisten: «Ich schaue immer nach draussen, um nach innen schauen zu können, um etwas Wahres zu erzählen zu versuchen.» – Haben wir denn nicht auch als Sozialtätige stets ein «Aussen» vor uns, das gleichzeitig ein «Innen» ist, ein «Innen», das sich «äussert» und nach «aussen» tritt?

Ausstellungskatalog «Storylines», Fotomuseum Winterthur, Steidl-Verlag, Göttingen



«Ben James – Coal Miner», Robert Frank, 1953. © Robert Frank / Courtesy Pace/MacGill Gallery, New York.

Jim Jarmusch's Film, in dem erfolglos das verpasste Leben gesucht wird

Da erhält ein alternder Mann, eben von seiner Freundin verlassen, einen rosaroten Brief ohne Absender, wahrscheinlich von einer ehemaligen Geliebten. Darin heisst es, er hätte einen Sohn, der ihn suche. Er macht sich, von einem Nachbarn gedrängt, auf den Weg in seine Vergangenheit. Bei der ersten

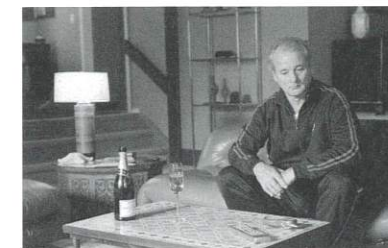


Bild: Filmcoop, Zürich

Ex-Geliebten landet er ohne jede Zärtlichkeit im Bett. Mit der zweiten bleibt es beim Dreiecksspiel mit dem Neuen. Die dritte hat als Tierkommunikationstrainerin keine Zeit für ihn. Bei der vierten wird er brutal zusammengeschlagen. Und die fünfte besucht er auf dem Friedhof. Einen Sohn findet er nicht.

Das Zurück zu den früheren Geliebten bleibt ergebnislos. «Leben kann man nur vorwärts, das Leben verstehen nur rückwärts», meint Kierkegaard. Doch nicht einmal das Verstehen gelingt dem Helden des Films, noch weniger das Leben. Alles endet in der Leere des Ungelebten. Weshalb? Das fragen wir uns und dringen damit in die Psyche eines alternden Don Juan ein, was uns vielleicht hilft, uns selbst, die Nächsten, die Klienten besser verstehen und ihnen begegnen zu können.

«Broken Flowers», Film von Jim Jarmusch mit Bill Murray, 2005. Gegenwärtig in den Kinos. Verleih Filmcoop Zürich

Zahlen oder Erlebnisse?

Was sagt uns die Wissenschaft eigentlich über den Menschen? Sie liefert statistische Zahlen. Beispielsweise: So und so viele Prozente einer Gruppe leben so, denken so, fühlen so, reagieren so. Solche Zahlen sind wichtig, damit wir unsere Subjektivität nicht mit der Objektivität verwechseln. Sie dürfen jedoch nicht verabsolutiert werden, es braucht als Ergänzung das Paradigma der Kunst. Hier gilt, was Valéry sagt: dass etwas umso objektiver ist, je subjektiver es gezeigt wird. – Die Wissenschaft lässt uns verstehen, was im Ganzen abläuft; die Kunst sensibilisiert uns für das Einzelne, die Einzelne, den Einzelnen.

Hanspeter Stalder
hanspeter@stalder.ch